
Newsletter Juli/August 2015

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Berichte und Ankündigungen aus dem NS-Dokumentationszentrum.....	S. 3
Weitere Veranstaltungen.....	S. 5
Mitteilungen, Hinweise und Veröffentlichungen.....	S. 7
Initiativen in Köln.....	S. 12
Neu in der Bibliothek.....	S. 13
Am rechten Rand.....	S. 14
Bildnachweise und Impressum.....	S. 15

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**

am 14. Juni, pünktlich zum Birlikte-Festival, machte ein Bericht der „Welt am Sonntag“ die Runde: Demnach war einer der führenden Aktivisten in der Kölner Neonazi-Szene, Johann H., ein V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes. Zudem wird von manchen darüber spekuliert, ob H. möglicherweise in den NSU-Anschlag 2001 in der Probsteigasse verwickelt sein könnte – wofür es bislang außer einer Ähnlichkeit mit einem damals angefertigten Phantombild keine Hinweise gibt.

H. selbst behauptet nun in einem Interview mit dem EXPRESS wie auch SPIEGEL ONLINE bzw. SPIEGEL.TV, dass er selbst nie ein Rechtsextremist gewesen sei. Über seinen Anwalt ließ er mitteilen, dass er sich zu Unrecht als Nazi verunglimpft sehe. Er habe 28 Jahre lang wertvolle Hinweise über die rechtsextreme Szene geliefert und damit viel Unheil verhindert.

Was damit gemeint sein soll, bleibt jedoch offen. Klar ist bislang nur, dass aus der Kölner Szene heraus eine Menge Straftaten begangen wurden (zur Erinnerung: Einige der Protagonisten stehen immer noch vor Gericht wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs), die auch durch einen V-Mann nicht verhindert werden konnten. H. suggeriert, er habe quasi wie ein verdeckter Ermittler gearbeitet. Nach bisherigen Erkenntnissen handelt es sich bei H. allerdings erst einmal um einen Nazi-Spitzel, der aufgrund seiner Positionen in etlichen militanten Organisationen für den Inlandsgeheimdienst als Quelle attraktiv war.



Denn schon Ende der 1980er-Jahre hatte H. an Wehrsportübungen des „Heimatschutzverbandes“ teilgenommen.

Anschließend wurde er, so seine Angaben in einem Interview mit dem neonazistischen „Gegenangriff“, in der „Nationalistischen Front“ (1992 verboten) und danach in der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (1995 verboten) aktiv. 1998 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der „Kameradschaft Köln“ und trat 1999 dem „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) bei. Die „Kameradschaft Köln“ bzw. „Kameradschaft Walther Spangenberg“ war mehr oder weniger personenidentisch mit den lokalen KDS-Strukturen. In beiden Organisationen agierte H. als „stellvertretender Kameradschaftsführer“ bzw. „Gausekretär“ an der Seite des Pulheimer Neonazis Axel Reitz. Die „Kameradschaft Köln“ wurde Anfang Mai 2012 durch den NRW-Innenminister Ralf Jäger verboten.

Unabhängig ob Johann H. nun tatsächlich für Jahrzehnte in die „innere Emigration“ gegangen ist, wie er behauptet, war er über einen sehr langen Zeitraum in militanten Organisationen aktiv und war – mit Wissen des Verfassungsschutzes – für das Funktionieren dieser neonazistischen Strukturen mitverantwortlich. Es bleiben etliche Fragen offen. Zu hoffen aber ist, dass weitere Ermittlungen oder der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zum NSU in NRW einige Antworten darauf finden werden.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs

Das jüdische Köln: Sichtbares und Verborgenes **Stadtführung, Sonntag, 26. Juli 2015, 15 Uhr, Köln-Innenstadt**



Der Rundgang mit Aaron Knapstein führt vom einstigen Gestapo-Hauptquartier am Appellhofplatz zur ehemaligen Hauptsynagoge in der Glockengasse. Er folgt den Spuren des Judentums in Köln bis 1933 und der dann einsetzenden systematischen Verfolgung. Anhand von Gebäuden, Personen und Geschichten erkunden wir die Vielfalt des Kölner Judentums in Vergangenheit und Gegenwart.

Gregor Aaron Knapstein ist Mitglied der jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums. Sein Schwerpunkt ist die Recherche von sogenannten „Stillen Helden“ – nichtjüdische Kölnerinnen und Kölner, die Juden während der NS-Zeit unterstützt und gerettet haben.

Treffpunkt: Foyer EL-DE-Haus, Appellhofplatz 23-25

Gebühr: 8 Euro

Rund um den Rathenauplatz **Stadtführung, Sonntag, 30. August 2015, 15 Uhr**

Wir entdecken mit Aaron Knapstein das Jüdische Köln rund um den Rathenauplatz: die beeindruckende Synagoge der orthodoxen Gemeinde und viele heute unsichtbare Stätten

der ehemals reichhaltigen jüdischen Geschichte Kölns.

Treffpunkt: Vor der Synagoge, Roonstr. 50

Gebühr: 8 Euro

„Dagegen! ...und dann?“ **Workshop-Tagung für Bündnisse, Samstag, 26. September 2015, Oberhausen**

Wie jedes Jahr organisieren die Träger Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW eine Workshop-Tagung für Bündnisse gegen Rechts. In diesem Jahr steht sie unter dem Titel „WutbürgerInnen von rechts? ‚Patrioten‘, ‚Reichsbürger‘ und ‚besorgte Eltern‘ als Herausforderung für die Zivilgesellschaft“: In den vergangenen Monaten haben zahlreiche extrem rechte bzw. rassistische Mobilisierungen auch in NRW für Aufsehen gesorgt. Gruppen wie PEGIDA, HoGeSa und „Besorgte Eltern“ mobilisieren wahlweise gegen die vermeintliche „Islamisierung des Abendlandes“, gegen „Salafisten“, aber auch gegen Geflüchtete und Migranten sowie die angebliche „Frühsexualisierung von Kindern“ oder den vielfach beklagten „Genderwahnsinn“. Die Verlautbarungen dieser Initiativen sind von unverkennbarem Rassismus, demokratiefeindlichen Gesellschaftsentwürfen oder verschwörungsideologischen Vorstellungen geprägt. Personelle Verbindungen in das organisierte extrem rechte Spektrum lassen sich besonders in NRW leicht nachweisen.

Dennoch stellen sich zahlreiche Fragen: Handelt es sich bei diesen Initiativen lediglich um eine kurzfristige Erscheinung, die früher oder später wieder von der Bildfläche verschwinden

wird? Oder sind diese Bewegungen Ausdruck eines Rechtsrucks in der „Mitte der Gesellschaft“? Wie sollen und wie können zivilgesellschaftliche Bündnisse und Initiativen auf diese Entwicklungen reagieren? Welche Möglichkeiten gibt es darüber hinaus, der scheinbaren „Normalisierung“ extrem rechter Diskurse eigene demokratische und rassistuskritische Haltungen entgegenzusetzen? Mit der Workshop-Tagung möchten wir dazu beitragen, Antworten auf diese und weitere Fragen zu finden. Aber auch der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung zwischen und mit den Teilnehmenden stehen im Mittelpunkt. Gemeinsam wollen wir Ideen für Gegenstrategien sammeln.



Das genaue Programm der Tagung mit Hinweisen zum Veranstaltungsort werden wir in den kommenden Tagen auf www.mbr-koeln.de veröffentlichen.

Anmeldung: Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei.

Bitte melden Sie sich per Email an unter: kontakt@mobim.info

Kölner Sport in der NS-Zeit Ausstellung bis zum 4. Oktober 2015, EL-DE-Haus



Sport war für die weltanschaulichen Grundlagen des Nationalsozialismus in mehrfacher Hinsicht von besonderer Bedeutung. Leibesübungen und körperliche Ertüchtigung waren der Grundpfeiler des nationalsozialistischen Erziehungsprogramms, vor allem im Hinblick auf die „Wehrhaftigkeit“ und das spätere Soldatentum. Der gesunde und sportlich trainierte Körper wirkte zudem im Rahmen der Rassenlehre als Auslesekriterium.

Aufbauend auf den vorhandenen Strukturen und Inhalten einer etablierten Turn- und Sportbewegung, die sich in Köln seit dem 19. Jahrhundert entwickelt hatte und in den Zwanziger Jahren eine „Blütezeit“ erlebte, wurden Sport und Leibesübungen nach 1933 systematisch in den Machtapparat der Nationalsozialisten integriert. Die Veränderungen im Vereins- und Verbandswesen, die Auswirkungen auf die jüdische, konfessionelle und Arbeiter-Sportbewegung sowie die Entwicklung in Betrieben, Schulen und Parteiorganisationen werden in der Ausstellung thematisiert.

Im Rahmen der propagandistischen Bestrebungen der Nationalsozialisten spielten vor allem die Olympischen Spiele 1936 eine Rolle. Wie aber entfaltete sich deren Wirkung auf der lokalen Ebene? Wie verhielten sich Kölner Spitzensportler und welche Resonanz hatten internationale Wettkämpfe in Köln? In der Ausstellung wird erstmals die Sportentwicklung einer deutschen Großstadt während der NS-Zeit präsentiert.

Eine Ausstellung in Zusammenarbeit mit Gabi Langen.

Führungen durch die Sonderausstellung mit Christian Günther am 5. Juli und 2. August 2015, jeweils 14 Uhr. **Treffpunkt:** Foyer NS-Dokumentationszentrum



„Opa war in Ordnung“

Tagungsdokumentation zur Erinnerungspolitik der extremen Rechten jetzt online



Am 7. und 8. Mai 2015 führte das NS-DOK in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung die Tagung „Opa war in Ordnung! Erinnerungspolitik der extremen Rechten“ im

EL-DE-Haus durch. Die knapp 100 Teilnehmenden diskutierten u.a. folgende Fragen:

Worin besteht die neonazistische Erinnerung und wie wird sie kampagnenförmig aufbereitet? Welche Faktoren sind förderlich oder hinderlich für die Anschlussfähigkeit rechtsextremer Erzählungen an (lokal)politische Auseinandersetzungen? Wie können rechtsextreme Geschichtsmymthen gebrochen werden?

Eine erste Tagungsdokumentation ist jetzt online unter: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/207604/opa-war-in-ordnung-erinnerungspolitik-der-extremen-rechten>

Eine ausführliche Dokumentation in Form eines Tagungsbandes erscheint Ende des Jahres in der Reihe „Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus“.



„Geschichte der Sinti und Roma“ Neues Workshop-Angebot im NS-Dokumentationszentrum



Über Geschichte und Kultur der größten nationalen Minderheit Europas ist wenig bekannt. Oft wird das Leben dieser Menschen in der Öffentlichkeit nur im Zusammenhang mit Ausgrenzung, Problemen oder Armut thematisiert. Vorurteile und Stereotype sind weit verbreitet und kein ausschließliches Problem der extremen Rechten. Gängige Vorstellungen über Sinti und Roma reichen von sehr negativen bis hin zu vermeintlich positiven, die ein freies und wildes „Zigeunerleben“ romantisieren. Mit der Lebensrealität der hier lebenden Menschen haben solche Fantasien jedoch wenig zu tun. Deshalb haben Gordana Herold (Initiative Romane Romnja), Patrick Fels (Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus) und Barbara Kirschbaum (Museumsdienst Köln) hierzu für Schülerinnen und Schüler ein spezielles Angebot im NS-Dokumentationszentrum entwickelt.

Nach einem Einstiegs-Quiz wird die Geschichte der Sinti und Roma bis zur Zeit des Nationalsozialismus vorgestellt. Eine Führung durch die Dauerausstellung des EL-DE-Hauses zeigt am Beispiel der Kölner Sinti und Roma die NS-Verfolgung von der rassistischen Ausgrenzung bis hin zum Völkermord an der Minderheit. Im dritten Teil thematisiert der Workshop die Zeit nach 1945 und darin insbesondere den Beginn

der Bürgerrechtsbewegung in den 1970er- und 1980er-Jahren. Eine abschließende Gesprächsrunde bietet die Möglichkeit zu Austausch, Diskussion und der Klärung offener geliebener Fragen

Dauer: 2,5 Stunden

Kosten: pro Gruppe für Schülerinnen und Schüler 60,00 €, für Studierende 100 € zzgl. Eintritt und für Erwachsene 150 € zzgl. Eintritt. Die maximale Gruppengröße beträgt 15 Personen. Es können zwei Gruppen parallel arbeiten.
Zeit: Dienstag und Donnerstag 13:00 – 15:30
Das Angebot ist nach den Sommerferien (11. August) buchbar.



Am **2. September 2015, 16:00-17:30 Uhr** stellen Gordana Herold, Patrick Fels und Barbara Kirschbaum das Angebot im Rahmen einer Lehrer/innen-Fortbildung im NS-Dokumentationszentrum vor.

Treffpunkt: Foyer des NS-Dokumentationszentrums

Gebühren fallen nicht an.

Um **Anmeldung bis 26.08.2015** (Name, Vorname, Schulform, Fächer) wird gebeten unter: michael.jonetz@stadt-koeln.de

Strukturen im Wandel? Politik und Praxis einer Pädagogik der Vielfalt Podiumsdiskussion, Donnerstag, 2. Juli 2015, 19 Uhr, Uni Köln, Hauptgebäude



Die Initiative „Vielfalt statt Einfach“ lädt ein: *„Schule ist ein homophober Ort. In Schulbüchern wird Heteronormativität zum großen Teil unkritisch reproduziert. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* (LSBTI*) werden gar nicht oder nur am Rande erwähnt. Die Thematisierung von Heteronormativität und der Lebensrealität von LSBTI* hängt damit weitgehend vom Wissen und Engagement einzelner Lehrer_Innen ab.*

Eine Mehrheit aller LSBTI-Schüler_Innen hält es für besser, sich in der Schule nicht zu outen – aus Angst vor Ausgrenzung und Mobbing. Ansätze einer Pädagogik der Vielfalt fördern hingegen einen wertschätzenden Umgang mit vielfältigen Identitäten und L(i)ebensweisen.*

Während es in anderen Bundesländern Streit um die Notwendigkeit von Antidiskriminierungsmaßnahmen gibt, ist das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW seit 2012 Kooperationspartner des Antidiskriminierungsprojekts

„Schule der Vielfalt“. Zudem sieht der NRW-Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie von 2012 Schritte zur Integration sexueller Vielfalt in die Kernlehrpläne vor.

Im Rahmen der Veranstaltung wollen wir uns ein differenziertes Bild von den Ansätzen der Pädagogik der Vielfalt und den aktuellen Entwicklungen in NRW machen. Wie können Schule und Unterricht diskriminierungssensibel gestaltet werden? Welche Erfahrungen wurden damit gemacht? Welche politischen und praktischen Chancen, Herausforderungen und Grenzen zeigen sich aktuell? Welche strukturellen Rahmenbedingungen sind zur Umsetzung notwendig?“

Nach einem kurzen Input von Prof. Jutta Hartmann (Professorin an der Alice Salomon Hochschule Berlin) diskutieren neben ihr auf dem Podium:

- NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann
- Bodo Busch, Sprecher der AG LSBTI* in der GEW NRW
- Silke Kargl, Geschäftsführerin ‚school is open‘ BildungsRaumProjekt, Köln

Moderation: Daniela Antons (Vielfalt statt Einfach Köln) und Frank G. Pohl (Landeskoordination Schule der Vielfalt, NRW-Fachberatungsstelle)

Eintritt: frei

Erinnerungen an den Krieg in der Ukraine

Gespräch, Dienstag, 7. Juli 2015, 18.30 Uhr, Jawne

Der Lern- und Gedenkort Jawne lädt ein: *„Der ukrainische Historiker und Zeitzeuge Boris Zabarko wird u.a. darüber sprechen, wie der Holocaust in der Sowjetunion ignoriert und das Gedenken an Babi Jar unterdrückt wurde, welche leeren Versprechungen seit der Unabhängigkeit der Ukraine gemacht worden sind und was er über die Glorifizierung von Bandera denkt.*

Dr. Boris Zabarko, geb. 1935, lebt in Kiew. Er ist Überlebender des Ghettos Schargorod. Nach dem Krieg studierte er an der Universität von Czernowitz Geschichte. Seit 2004 ist er Präsident der ukrainischen Vereinigung jüdischer ehemaliger Häftlinge der Ghettos und nationalsozialistischen Konzentrationslager. Er sammelt und veröffentlicht die Berichte der Ghetto-Überlebenden der Ukraine. 2004 er-

schien in Deutschland der Erinnerungsband ‚Nur wir haben überlebt‘. Im Oktober 2009 wurde er für seine Arbeit mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.“



Ort: Lern- und Gedenkort Jawne, Albertusstr. 26, 50667 Köln

Eintritt: frei

Weitere Informationen: www.jawne.de

Kölner Menschenrechtsfestival

Festival, Samstag, 18. Juli 2015, ab 14 Uhr, Grüngürtel (Kreutzer Str. 5)



Das Allerweltshaus Köln/Projekt „Stand up for your rights – Menschenrechte erkennen und handeln“ lädt ein: „Das Kölner Menschenrechtsfestival geht in die dritte Runde. Dieses Mal möchten wir noch länger mit euch feiern, essen, tanzen, reden, diskutieren und lachen! Wir starten um 14.00 Uhr auf dem Gelände des Quäker-

Nachbarschaftsheim und enden nicht um 22.00 Uhr, nachdem die letzten Töne der Live-Musik verklungen sind, sondern machen im Anschluss innerhalb des Hauses mit der legendären Allerweltparty mit Pangea-Kollektiv und Gästen weiter.

Auch inhaltlich soll es dieses Jahr wieder ein vielseitiges Programm geben, welches u.a. Kurzfilme, die durchgängig im ersten Stock laufen werden, Workshops, die Fotoausstellung ‚Dear World‘, den Austauschhafen und viele

Infostände von unterschiedlichen Initiativen, Vereinen und Organisationen beinhaltet.

Das Kinderprogramm im Innenhof wird wieder viele Basteleien, Malsachen und Spiele beinhalten, und wie jedes Jahr besucht uns Heike Kammer mit Rositas Puppenbühne in Köln, die spielerisch Kinder an Menschenrechtsthemen heranführt.

Die Wiese rund um das Gelände kann von Kleinkünstler*innen gefüllt werden, damit wir miteinander staunen und voneinander lernen können. Auch eine Skill-Sharing-Ecke und ein Ort fürs Kleidertauschen bieten die Möglichkeit der Vernetzung und des Austauschs. Für das kulinarische Wohl ist gesorgt.

Da das Festival kostenfrei und durch viele ehrenamtliche Helfer*innen organisiert wird, sind wir auf eure Mithilfe und Spenden angewiesen!

Weitere Informationen:

www.menschenrechte-koeln.de

www.facebook.com/koelnmenschenrechte

Die Anfänge der zionistischen Bewegung

Vortrag, Mittwoch, 19. August 2015, 19.30 Uhr, Synagogen-Gemeinde, Roonstraße

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Kooperation mit der Melanchthon-Akademie lädt ein: „Die Geschichte des Zionismus wird meist mit dem Namen Theodor Herzl assoziiert, dabei gab es bereits vor Herzl Ansätze zur Gründung eines israelischen Staates.

Diese Bewegung war nicht religiös, sondern von der Idee des modernen Nationalstaates inspiriert. Mitunter ging sie mit revolutionären

Bestrebungen einher, wie es beispielsweise der Fall des Frühsozialisten und -zionisten Moses Hess zeigt.“

Referent: Volker Weiss

Ort: Judaica der Synagogen-Gemeinde, Roonstr. 50, 50674 Köln

Eintritt: Mitglieder 3 Euro, Nichtmitglieder 6 Euro (erm. 2 Euro)

War Luther Antisemit?

Vortrag, Donnerstag, 28. August 2015, 19 Uhr, Melanchthon-Akademie

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Kooperation mit der Melanchthon-Akademie lädt ein: „Die Frage, ob Luther Antisemit oder nur – wie damals geradezu alle – ein schlichter Judenfeind, wird von Dietz Bering gelöst, indem er eine tief gestaffelte Definition des Antisemitismus vorlegt und Luther an ihr systematisch misst.“

Referent: Dietz Bering

Moderation: Dr. Markus Schwering

Ort: Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, 50678 Köln

Eintritt: 5 Euro

buntblick

Wettbewerb: Jugendliche für Demokratie, Vielfalt und Toleranz 2015



Der Landesjugendring NRW schreibt 2015 zum ersten Mal den Jugendwettbewerb buntblick – Jugendliche für Demokratie, Vielfalt und Toleranz aus: „Der Preis knüpft an den Wettbewerb ‚Goldener Hammer zur Überwindung von Gewalt und Rassismus‘ an, der von 1988 bis 2011

als Symbol für die Anerkennung kultureller Vielfalt und das Engagement gegen Rassismus verliehen wurde.

Ihr macht Projekte gegen Rechtsextremismus und Rassismus? Ihr engagiert euch für ein tolerantes Miteinander vor Ort, z.B. organisiert ihr gemeinsame Aktionen mit jungen Menschen, die vor kurzem nach Deutschland geflüchtet sind? Oder ihr setzt euch dafür ein, dass alle Jugendlichen die gleichen Rechte bekommen? Dann macht mit beim buntblick!

Die Preise

Aus allen Einsendungen werden fünf Preisträger/innen ausgewählt.

Es werden drei verschiedene Preise verliehen:

Jurypreis (1. Preis: 500 €, 2. Preis: 300 €, 3. Preis: 200 €)

Publikumspreis (Überraschungspreis)

Sonderpreis (Überraschungspreis)

Wie könnt ihr mitmachen?

*Ob als Film-, Foto- oder Audioversion: Für die Gestaltung gibt es viele Möglichkeiten! Einfach euren Beitrag direkt auf der Website hochladen und kurz beschreiben, schon seid ihr dabei. Idealerweise sollte euer Projekt nicht älter als ein Jahr sein. Falls doch, sollten seine Auswirkungen heute noch sichtbar sein. **Teilnahmeabschluss ist der 15. September 2015.***

Aktiv für Demokratie und Toleranz Wettbewerb 2015 startet in Kürze

Anfang Juli schreibt das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) in diesem Jahr zum 15. Mal den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ aus: „Den Gewinnern winken Geldpreise im Wert von 1.000 bis 5.000 € und eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit. Damit unterstützt das von der Bundesregierung gegründete BfDT zivilgesellschaftliche Aktivitäten

Was wird ausgezeichnet?

Mit dem buntblick wird selbstorganisiertes und herausragendes Engagement junger Menschen gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für ein demokratisches Zusammenleben ausgezeichnet. Die Projekte, Aktionen und Aktivitäten werden nach folgenden Kriterien bewertet:

Wie setzt ihr euch mit Demokratie, Rechtsextremismus oder Rassismus auseinander?

Wie engagiert ihr euch für Vielfalt und Toleranz?

Welcher Bezug besteht zu NRW als eurem Wohnort?

Wie originell ist euer Projekt/eure Aktion?

Welche Bedeutung hat eure Aktion/euer Projekt langfristig für eure Umgebung/ eure Jugendgruppe?



Den Jurypreis vergeben Fachstellen aus dem Bereich Antidiskriminierungsarbeit/Arbeit gegen Rechtsextremismus. Der Sonderpreis wird vom

Vorstand des Landesjugendrings NRW ausgewählt. Den Publikumspreis vergeben Jugendliche über ein Online-Voting auf unserer Website. Die Preisverleihung findet im Rahmen einer Abendveranstaltung am Mittwoch, 18. November 2015, im Forum Volkshochschule im Rautenstrauch-Joest-Museum in Köln statt.

Schirmherrin Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW, wird das Engagement der Preisträger/innen vor Ort würdigen.“

Alle Informationen zur Preisausschreibung und die Teilnahmebedingungen unter:

<http://buntblick.ljr-nrw.de>

im Bereich der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung.

Wir suchen nachahmbare Projekte, Beispiele guter Praxis aus Ihrer Projektarbeit vor Ort. Einsendeschluss ist der 27.09.2015.“

Alle weiteren Informationen zur Teilnahme sowie das Online-Bewerbungsformular ab Anfang Juli unter:

<http://www.buendnis-toleranz.de/>

„Diskriminierungsfreie Vermietung von Wohnraum“ AntiDiskriminierungsbüro Köln verleiht Siegel



Das AntiDiskriminierungsbüro Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. und das Bildungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. führen gemeinsam das Projekt „Diskriminierungsfreie Vermietung von Wohnraum“ mit Unterstützung des Planerladen e.V. Dortmund

durch: „Leider halten sich nicht alle Vermieter_innen an die Vorgabe der Gleichbehandlung ihrer Mieter_innen. So kommt es vor, dass Mieter_innen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung, der Religion u. a. benachteiligt und diskriminiert werden.“

Ein Rechtsstreit zwischen einer Familie türkischer Herkunft und ihrer Vermieterin zeigt

exemplarisch Diskriminierung bei der Vermietung von Wohnraum auf: Eine Erhöhung der Miete wurde nur an diese Mietpartei und nicht an die 15 weiteren Mietparteien des Hauses gerichtet. Die Vermieterin wurde daraufhin auf Schadensersatz verklagt (mehr Informationen: (<http://www.rechtslupe.de/zivilrecht/diskriminierung-tuerkisch-staemmiger-mieter-388810>)).

Bei unserem Projekt sollen nun Vermieter_innen ausgezeichnet werden, die ihren Wohnraum diskriminierungsfrei vermieten. Wenn Sie eine_n Vermieter_in kennen, der_die diesen Vorgaben entspricht, würden wir uns freuen, wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen!“

Weitere Informationen unter:
www.oegg.de

Birlikte 2015

RheinFlanke informiert mit „der BUS“ über Flüchtlingsarbeit

Die RheinFlanke teilt mit: „Am 14. Juni 2015 fand zum zweiten Mal das Kunst- und Kulturfest Birlikte in Köln-Mülheim statt. Unter dem diesjährigen Motto ‚Zusammenstehen – Zusammenleben‘ wollte man darauf aufmerksam machen, dass die Menschen in den Städten entscheiden, wie sie ihr Miteinander und Zusammenleben gestalten.“

Auch mit dabei in diesem Jahr: die RheinFlanke mit ihrem gelb blinkenden amerikanischen Schulbus ‚der BUS‘.

Die Auffälligkeit des Busses wurde genutzt, um über das gleichnamige Flüchtlingsprojekt zu informieren und aus der praktischen Flüchtlingsarbeit zu berichten. Eine Ausstellung mit Bildern aus dieser Arbeit visualisierte die Berichte. Direkt neben dem Bus befand sich die RheinFlanke-Bühne, auf der Sebastian Koerber und Christoph Bex, Geschäftsführer der RheinFlanke, Kölner Größen wie Jürgen Becker, Stephan Brings, Hans Mörrter sowie Franz Meurer, Elfi Scho-Antwerpes und Didi Jüemann begrüßten. Für die musikalische Untermalung des Programms sorgten der Mülheimer Multi-Kulti-Mitsing-Chor und die Band ‚Haleb Colonia‘.

Ob im Talk oder musisch, sie alle erhoben ihre Stimme für Integration und ein gemeinsames Miteinander, ganz gleich welcher Kultur oder Nationalität man entstammt.



Birlikte 2015: eine Initiative mit der auch in diesem Jahr wieder ein Zeichen für Toleranz und Zusammenhalt gesetzt werden konnte – und das über die Stadtgrenzen von Köln hinaus.

Die RheinFlanke konnte an diesem Tag auch noch ein ganz persönliches Zeichen setzen für ein aktuelles und brisantes Thema: die Flüchtlingsarbeit in Köln. ‚Uns war es wichtig auf die Situation der Flüchtlinge in Köln aufmerksam zu machen, dafür zu sensibilisieren und am Beispiel unseres Projektes Mittel und Wege für Integrationskonzepte aufzuzeigen. Ich glaube, das ist uns heute gelungen‘, berichtet Sebastian Koerber.“

180 Grad Wende Auszeichnung für Kölner Projekt



Die Initiative startsocial teilt mit: „Die Auswahl des bundesweiten Förderwettbewerbs, organisiert von der Initiative ‚startsocial‘, hat die Kölner Präventionsinitiative

180 Grad Wende unter die 7 besten Projekte im diesjährigen Bundesentscheid gewählt. Unter dem Motto ‚Hilfe für Helfer‘ hatten sich zu Beginn des Wettbewerbs im Sommer 2014 über 300 Projekte bei ‚startsocial‘ beworben. 180 Grad Wende konnte mit seiner Projektidee

überzeugen und qualifizierte sich für die aktive Beratungsphase ihres Vereins mit Fachexperten über mehrere Monate. Die Jury von ‚startsocial‘ hatte in einem weiteren Schritt die Projekte ausgewählt, die neben ihrer Projektidee auch mit sichtbaren Fortschritten überzeugen konnten. Sie wurden im Juni 2015 im Bundeskanzleramt von Bundeskanzlerin Angela Merkel empfangen und für ihr ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet. Sieben Initiativen wurden insgesamt prämiert.“

Weitere Informationen zum Projekt unter:
<https://www.facebook.com/180.Grad.Wende>

Ausgezeichnet Das Bündnis für Demokratie und Toleranz würdigt Kölner Projekte

Am 3. Juni 2015 wurden in Duisburg elf Projekte aus Nordrhein-Westfalen im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2014 ausgezeichnet, darunter auch zwei aus Köln. Dazu das Bündnis für Demokratie und Toleranz hat: „Sei dabei! Für Dich – Für Mich – Für Alle!“ ist ein Kooperationsvorhaben der Stiftung KalkGestalten und des Integrationshaus e.V. in Köln. Bei dem Projekt stehen zwei Zielgruppen im Vordergrund. Zum einen Teilnehmende aus Integrationskursen und zum anderen Multiplikator/-innen sozialer Einrichtungen. Hauptanliegen des Projekts ist die Schaffung einer Anlaufstelle für Migrant/-innen sowie für soziale Einrichtungen, Krankenhäuser und Altenpflegeeinrichtungen rund um das Thema Ehrenamt. Vor allem Teilnehmende von Integrationskursen sollen das Ehrenamt kennenlernen und damit die Möglichkeit bekommen, die Sprache zu lernen und das Gelernte im Alltag umzusetzen als auch die Chance erhalten, Kontakt mit der Mehrheitsbevölkerung aufzunehmen und sich für ihre ‚neue‘ Heimat einzusetzen. Aber auch die Förderung der Kooperation und des Austausches zwischen Migrantorganisationen und ‚etablierten‘ Organisationen in Bezug auf das freiwillige Engagement sind Ziele des Projekts.

Das Antidiskriminierungsprojekt ‚Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie‘ unterstützt Schulen durch Beratung, Vernetzung sowie Workshops und Ausbildung von Lehramtsanwärter/-innen. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt soll im Unterricht an geeigneten Stellen

thematisiert werden um Vorurteile und Stereotypen abzubauen, aber auch Wissen zu vermitteln. Teilnehmende Projektschulen unterzeichnen die Selbstverpflichtungserklärung von ‚Schule der

Vielfalt‘: Sie sind damit nicht automatisch eine ‚Schule ohne Homophobie‘. Vielmehr setzen sie sich nachhaltig gegen Homophobie und Transphobie ein. Sie wenden sich gegen eine Tabuisierung der Themen Homosexualität, Transsexualität und heteronormative Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bi und trans* Menschen im Schulbereich. Aktiv und informiert sind Schulen zum Beispiel durch eine Unterrichtsreihe, einen Schülerzeitungsartikel oder einen Filmabend. Die ‚Schule der Vielfalt‘ setzt sich für die Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensentwürfen ein und stärkt Schulen dabei, gegen die Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern vorzugehen. Es wurde auch ein Schüler/-innen-Plakatwettbewerb durchgeführt. Das Projekt wurde 2008 als zivilgesellschaftliches Projekt gestartet und geht auf eine Initiative der Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW und SchLAu NRW zurück. In dem Projektjahr konnten rund 400 Fortbildungen und 800 Projektpräsentationen durchgeführt werden.“



Konsequente Strafverfolgung und verstärkte Prävention NRW-Verfassungsschutzbericht 2014 vorgestellt

Das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit: „Die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen hat sich vor allem durch zwei extremistische Bestrebungen verschärft: Der gewaltbereite Salafismus hat weiter an Zulauf gewonnen und Rechtsextremisten unterwanderten die Bewegungen von HoGeSa und Pegida.[...] Es gibt immer wieder Anhaltspunkte für klar rechtsterroristisch-orientierte Gruppen, die oftmals auch konspirativ agieren und eine deutliche Gewaltbereitschaft gegenüber ihren Feindbildern haben. ‚Hier ist konsequentes Handeln der Sicherheitsbehörden gefordert, wie sie es erfolgreich bei der ‚Old School Society‘ getan haben‘, sagte Innenminister Jäger.

Zudem gibt es einen harten Kern des Rechtsextremismus, der innerhalb rechtsextremistischer Parteien wie Pro NRW, NPD oder ‚Die Rechte‘ organisiert ist. Nach der Kommunalwahl 2014 versuchen diese, durch Provokationen die Arbeit der kommunalen Gremien, in denen sie sitzen, zu stören. ‚Dabei überschreiten sie oftmals die Grenze des Erträglichen. Hier sitzen Ideologen und Strippenzieher des Rechtsextremismus, die Stimmung machen gegen Muslime, Ausländer und Flüchtlinge‘,

sagte der Innenminister. ‚Wo immer möglich, werden wir versuchen, sie durch Verbote zu lähmen. Deshalb gegen wir mit allen zur Verfügung stehenden rechtstaatlichen Mittel gegen sie vor‘. Die Sicherheitsbehörden sammeln alle Belege für ein mögliches Verbot der sogenannten Partei ‚Die Rechte‘. Jäger gab bekannt, er habe ein neues Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Dieses soll klären, welcher Weg zu einem Verbotsverfahren vielversprechend ist.

Der Verfassungsschutz beobachtet auch Unterstützer und Mitläufer in der rechtsextremistischen Szene. Sie bilden das Umfeld und geben als Statisten die Kulisse bei Demonstrationen ab. Von dieser Szene geht häufig Gewalt aus, auch gegen Flüchtlingsunterkünfte. [...]

Die Veranstaltungen der PEGIDA-Ableger und -Nachahmer in NRW wurden von Rechtsextremisten organisiert, dominiert und gesteuert. Damit versuchen sie, ihre ausländerfeindliche Hetze, Islamfeindschaft und Vorurteile gegen Flüchtlinge für ihre Propaganda zu nutzen.“

Der Verfassungsschutzbericht NRW für 2014 steht zum Download bereit unter:
www.mik.nrw.de/verfassungsschutz

Rechtsextremismus und Hate-Crime-Gesetze Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung teilt mit: „In vielen Ländern, auch in Deutschland, wird seit Jahren über strafverschärfende Gesetze für Taten diskutiert, die aus rassistischen oder anderen Vorurteilsmotiven begangen wurden. Was für und was gegen sogenannte Hate-

Crime-Gesetze spricht, erläutert die Juristin Gül Pinar.“

Das Dossier unter:

<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/206018/rechtsextremismus-und-hate-crime-gesetze>

Rechter Terror in Deutschland Dossier von „Wissenschaft und Frieden“

Das Dossier 77 der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“, herausgegeben von der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden in Zusammenarbeit mit Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf, beschäftigt sich mit rechtem Terror in Deutschland und beinhaltet folgende Beiträge:

Fabian Virchow: Rechter Terror in Deutschland

Heike Kleffner: Gesellschaftlicher und staatlicher Umgang mit NSU und rechter Gewalt

Fabian Virchow, Tanja Thomas, Elke Grittmann: Das Unwort erklärt die Untat – Die „Dö-

ner-Mordserie“ und der Umgang mit Gewalt an Migrantinnen und Migranten in den Medien

Ayla Güler Saied: Keupstraße – Räume zwischen Vergessen und Erinnern

Ulrich Chaussy : Die vergessenen Morde an Shlomo Lewin und Frieda Poeschke

Matthias Quent & Daniel Geschke: „... nicht ernst genommen“ – Opfer rechter Gewalt und die Polizei

Alle Beiträge unter:

<http://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?dossierID=081>

Perspektiven auf Pegida Neues DISS-Journal



Das Duisburger Institut für Sprache und Sozialforschung (DISS) teilt mit:
„Wenn die rassistische Mitte der Gesellschaft aus den Wohnzimmern in die Öffentlichkeit tritt: Zehntausende Menschen folgten seit Herbst 2014 der rassistischen Mobil-

machung der ‚Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes‘ (Pegida). Das aktuelle DISS-Journal nimmt diejenigen in den Blick, die sich diese ressentimentgeladene Stimmung zunutze machen wollen. Wir setzen

uns mit Pegida im Osten wie im Westen sowie mit dem rechten Sammelbecken Alternative für Deutschland (AfD) auseinander.

Negativ betroffen von der rassistischen Stimmungsmache sind vor allem auch Geflüchtete und Einwandernde. In der aktuellen Ausgabe bezieht Heiko Kaufmann von Pro Asyl Stellung gegen die tödliche europäische Flüchtlingspolitik. Margarete Jäger und Iris Tonks fordern einen grundsätzlichen Perspektivwechsel in der Medienberichterstattung bezüglich des Einwanderungsdiskurses.“

Das DISS-Journal kostenlos zum Download:
<http://www.diss-duisburg.de/download/diss-journal-dl/DISS-Journal-29-2015.pdf>

Wi(e)der sprechen

Handreichung zum Umgang mit der Alternative für Deutschland

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin teilt mit: „Mit ‚Wi(e)der sprechen‘ hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) gemeinsam mit dem Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) jetzt eine erste Handreichung zum Umgang mit der Alternative für Deutschland (AfD) veröffentlicht. Die MBR reagiert damit auf die stetig steigende Anzahl von Beratungsanfragen aus Politik und Zivilgesellschaft.

Der VDK e.V. lud vor diesem Hintergrund Kolleg_innen der bundesweiten Mobilen Beratungsteams, Vertreter_innen der politischen Stiftungen, Wissenschaftler_innen und andere Expert_innen aus dem Bundesgebiet zu mehreren Fachgesprächen ein. Unter anderem diesem Erfahrungsaustausch verdankt sich die vorliegende Publikation.

Der Fokus liegt dabei auf Empfehlungen zum Umgang mit den rechtspopulistischen Positionen der AfD. Innerhalb der Alternative für Deutschland finden Auseinandersetzungen statt, die von außen nicht immer kalkulierbar sind. Der verschobene Parteitag, der von Bernd Lucke ins Leben gerufene ‚Weckruf 2015‘ oder die ‚Erfurter Erklärung‘ sind Beispiele, die diese Dynamik veranschaulichen. Die Zukunft dieser Partei ist ungewiss und auch das Feld, auf dem die Auseinandersetzungen stattfinden verändert

sich mit jeder neuen Entwicklung. Klar ist aber, dass eine Auseinandersetzung auf diesem Feld notwendig ist und dass diese Auseinandersetzung um mehr geführt werden muss als um Personen, Flügel oder die Programmatik einer Partei. Es geht um Nationalismus, Rassismus, Sozialchauvinismus, also um Einstellungsmuster, die große Teile der Gesellschaft vertreten und die den Resonanzrahmen für Rechtsextremismus bilden.“

Hier können Sie die Broschüre als PDF herunterladen:
www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2015/06/AfD_handreichung_MBR_2015_web.pdf

Die Printversion ist bald im Druck und demnächst kostenlos direkt bei der MBR bestellbar:
info@mbr-berlin.de



Möglichkeit des Engagements Initiativen in Köln

Einige Kölner Initiativen haben uns gebeten, sie kurz vorzustellen. Haben auch Sie Interesse an einer Darstellung Ihrer Organisation in unserem Newsletter? Dann schreiben Sie uns: ibs@stadt-koeln.de

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (SOR-SMC) ist ein Projekt von und für Schüler_innen, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen. Dabei geht es besonders darum, Zivilcourage zu entwickeln und ein Schulklima zu schaffen, in dem „anders sein“ als Normalfall akzeptiert wird.

Das Netzwerk besteht nun seit 20 Jahren. Gegründet wurde es im Frühjahr 1995 von der Aktion Courage e.V. Das Immanuel-Kant-Gymnasium in Dortmund war die erste „Schule ohne Rassismus“, inzwischen sind über 1.700 Schulen Mitglied. Darunter sind auch viele Schulen aus Köln und dem Kölner Umland.

Das Kölner Netzwerk **kein mensch ist illegal** unterstützt seit mehr als 15 Jahren Geflüchtete in ihrem Kampf um Menschenrechte und Menschenwürde. Wir meinen, dass die Welt allen Menschen gemeinsam gehört. Deshalb lehnen wir es ab, die Berechtigung von Grenzen anzuerkennen, die Menschen daran hindern sollen, selbst zu entscheiden, wo sie am besten leben. Wir versuchen im Rahmen unserer Mittel, Geflüchteten dabei zu helfen, in Deutschland leben zu können, egal ob sie Papiere haben oder nicht. Elie Wiesel, Schriftsteller und Überlebender des deutschen Völkermords, hat einmal

Die Initiative **Keupstraße ist überall** versteht sich als ein offener antirassistischer Zusammenschluss, an dem sich jede_r beteiligen kann. Wir bringen dabei die vom Anschlag des NSU betroffenen Personen, politische Gruppen und Stadtteilaktivist_innen zusammen und haben mit anderen antirassistischen Initiativen das bundesweite Aktionsbündnis „NSU-Komplex auflösen“ gegründet.

Gemeinsam mit den Betroffenen wollen wir Forderungen und Wünsche umsetzen und politischen Druck aufbauen. Ein Ausdruck dieser Unterstützung war unsere gemeinsame Fahrt zum NSU Prozess im Januar 2015, als der Fall „Keupstraße“ verhandelt wurde.

Die Landeskoordination in NRW fördert die Zusammenarbeit der SOR-SMC-Schulen, insbesondere in der Region, berät die Schulen bei der Projektplanung, vermittelt Referent_innen und Trainer_innen zu den Themen Gewalt, Rassismus, Zivilcourage für Schüler_innen und Lehrer_innen-Fortbildungen, organisiert Treffen der Aktiven auf Landesebene usw.

Ansprechpartnerin (u.a. für den Regierungsbezirk Köln):

Renate Bonow

Telefon: 02931 825214

E-Mail: renate.bonow@bra.nrw.de

Aktuelle Informationen unter:

<https://www.facebook.com/SchuleohneRassismusNRW>

gesagt: „Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“

Offenes Treffen jeden 2. Dienstag, 19.30 Uhr

Kontakt:

c/o Allerweltshaus

Körnerstr. 77-79, 50823 Köln-Ehrenfeld

www.kmii-koeln.de

Die Initiative

- unterstützt die vom rassistischen Anschlag Betroffenen aus der Kölner Keupstraße dabei, ihre Forderungen durchzusetzen
- setzt sich gegen Rassismus und Ausgrenzung in dieser Gesellschaft ein
- bringt die Sichtweise der Betroffenen in die Offensive
- zieht keinen Schlusstrich unter den NSU-Komplex

Offenes Treffen jeden Montag, 20 Uhr, im Café Sabahci, Keupstr. 86 (Hinterraum)

Kontakt:

initiative@keupstrasse-ist-ueberall.de

www.keupstrasse-ist-ueberall.de

facebook.com/keupstrasseistueberall

Neu in der Bibliothek

Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie



„Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie“, unter diesem Titel ist ein Sammelband erschienen, der Texte vereint, die sich mit dem Themenfeld christlicher Glaube und Rechtsextremismus befassen. Er richtet sich an kirchliche MitarbeiterInnen, Wissenschaft und Interessierte. Rechtsextremismus habe, so die Herausgeberin Sonja Angelika Strube in der Einleitung, zu lange „als ein gesellschaftliches Randgruppen- bzw. Ju-

gendszenen-Phänomen, gegen das sich Christ/innen aufgrund ihres christlichen Menschenbildes gegebenenfalls engagieren, nicht jedoch als ein Binnenproblem“ (S. 9) gegolten. Diesem „Binnenproblem“ nähert sich der Text von Beate Küpper und Andreas Zick zu „Religiösität und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Die AutorInnen stellen die Ergebnisse ihrer Langzeitstudie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vor und konstatieren, dass „Religion und Religiösität wenn, dann Vorurteile eher befördert als vor ihnen schützt“ (S. 58). Insbesondere in Bezug auf Frauen und Nicht-Heterosexuelle, aber auch bei Rassismus zeige sich mehr Abwertung je stärker die Religiösität angegeben wird.

Auch Oliver Decker und Johannes Kiess, die beide bei den sogenannten Mitte-Studien mitwirken, widmen sich dem Zusammenhang von Religion und diskriminierenden Einstellungen, allerdings deutlich abstrakter, auf einer strukturellen Ebene. Sie beschreiben Wachstum und Beschleunigung als Alltagsreligion, Wohlstand wirke als „narzisstische Plombe“, die jedoch in Krisenzeiten in Gefahr gerate und kompensiert werden müsse.

Thomas Bremer beleuchtet in seinem Beitrag die „Piusbruderschaft“, die u.a. wegen Holocaustleugnung eines ihrer Bischöfe bereits in die Schlagzeilen geraten war, als ein Beispiel christlich-fundamentalistischer Frömmigkeitsstile. Auf evangelischer Seite widmet sich Elke Pieck der „Deutschen Evangelischen Allianz“. Beide Beiträge vermitteln einen guten und fun-

dierten Überblick über Entwicklung, Stellung und Positionierung der Gruppierungen.

Dass Antisemitismus auch heute ein Thema ist, dem sich Kirchen-MitarbeiterInnen und -Mitglieder stellen müssen, zeigt Katharina von Kellenbach u.a. am Beispiel der Beschneidungsdebatte und der Positionierung zu Israel. Auch Homophobie, Islamfeindlichkeit und Geschlechterrollenstereotypen werden in eigenen Texten gesamtgesellschaftlich wie auch mit Blick auf Kirche und Religion diskutiert.

Der abschließende Block befasst sich mit Handlungsmöglichkeiten in dem Themenfeld. Ausschluss als Option wird – mit Blick auf die Piusbruderschaft – diskutiert, ebenso wie auch die Verantwortung aller ChristInnen. Mit „Verwundbarkeit – eine unerhörte Macht“ und der Komparativen Theologie werden zwei theologische Ansätze vorgestellt, mit denen Fundamentalismen und Abwertung von Fremdgruppen begegnet werden kann.

Das Buch bietet vielfältige Blickwinkel und Ansatzpunkte zum Thema „Rechtsextremismus“ und Kirche/Religion. Es mahnt die Verantwortung von Kirche, Theologie und ChristInnen an und will zur selbstkritischen Auseinandersetzung ermuntern und bietet gleichzeitig fundierte Informationen rund um das Thema. Die AutorInnen kommen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Bereichen, allerdings sind die Texte unterschiedlich gut lesbar. Einzelne Beiträge beziehen sich stark auf theologische Diskurse, eine grundlegende Kenntnis entsprechender Begrifflichkeiten und Konzepte ist daher hilfreich. Gerade Kirchenmitglieder und -MitarbeiterInnen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung engagieren, sei das Buch ans Herz gelegt. In der innerkirchlichen Auseinandersetzung mit all diesen Themen dürfte es mehr als hilfreich sein. Doch auch für theologische Laien ist es mit Gewinn zu lesen – von dem teils sehr theologischen Jargon sollte man sich dabei nicht abschrecken lassen. (he)

Sonja Angelika Strube (Hg.):

Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie

Herder Verlag, Freiburg 2015

ISBN 978-3-451-31270-0

320 Seiten, 24,99 Euro

Am rechten Rand

964 rechts motivierte Straftaten im Regierungsbezirk Köln im Jahre 2014:

3.286 Straftaten der Kategorie „politisch motivierte Kriminalität – Rechts“ zählt das nordrhein-westfälische Innenministerium für das Jahr 2014. Seit 2011 wird die Statistik regelmäßig durch die Partei der GRÜNEN im Landtag abgefragt. Nachdem die Zahlen im ersten Halbjahr 2014 zurückgingen, kam es in der zweiten Jahreshälfte zu einem massiven Anstieg, sodass die Straftaten auf einem neuen Höchststand angelangt sind (2012: 3.024, 2013: 3.085).

Ein Teil des Anstiegs liegt an der hohen Anzahl von Straftaten, die im Zusammenhang mit der HoGeSa-Demonstration im Oktober 2014 in Köln verübt worden sind. Zu diesem Anlass waren Rechtsextreme und Hooligans aus ganz Deutschland angereist. Doch auch wenn man die 175 Delikte dieser Einzelaktion abzieht, bleibt die Gesamtzahl über der der Vorjahre.

In dieser Statistik enthalten sind jedoch nur die Fälle, die angezeigt wurden bzw. in denen die Polizei Ermittlungen aufgenommen hat und die auch tatsächlich als „rechts motiviert“ eingestuft wurden. Die Dunkelziffer, so die GRÜNEN-Abgeordnete Verena Schäffer, könnte bis zu einem Drittel höher liegen.

Unter den Gewalttaten liegen erneut die Körperverletzungsdelikte mit 332 (2013: 164) an der Spitze. Auch hier erklären die HoGeSa-Ausschreitungen einen Teil des massiven Anstiegs.

Von den 3.286 registrierten Straftaten entfallen 964, also fast ein Drittel, auf den Regierungsbezirk Köln. Die Stadt Köln liegt mit 413 Straftaten erstmals an der Spitze in NRW. Abzüglich der HoGeSa-Delikte würde Köln mit 238 Straftaten nach Dortmund mit 269 auf Platz 2 landen. Während es in Aachen zu einem leichten Rückgang gekommen ist 68 (2013: 72), sind die Straftaten in Bonn mit 56 (2013: 48) und Leverkusen mit 14 (2013: 8) wieder gestiegen.

Unter den Kreisen weist die Städteregion Aachen mit 79 die höchste Zahl auf, hier stehen die Städte Eschweiler mit 20 und Stolberg mit 17 Straftaten besonders hervor. An zweiter Stelle liegt der Rhein-Sieg-Kreis mit 69 Straftaten, es folgt der Rhein-Erft-Kreis mit 63 und gleichauf die Kreise Düren – davon 24 aus Düren und 18 aus Jülich – und Heinsberg mit jeweils 57 Straftaten. Für den Oberbergischen Kreis werden 35 Straftaten aufgeführt, für den Kreis Euskirchen 35 sowie für den Rheinisch-Bergischen Kreis 21.

Neben den rechts motivierten Straftaten werden auch solche mit einem antisemitischen Hintergrund gesondert erfasst. Hier werden für NRW insgesamt 351 Straftaten aufgeführt (2013: 237), darunter 13 Gewalttaten. Die Statistik wird von der Stadt Düsseldorf mit 20 Delikten angeführt, gefolgt von Köln mit 17 und Duisburg mit 14. Ein Anlass für den Anstieg in diesem Feld ist sicherlich der Gaza-Krieg vom Sommer 2014, der zu einer Vielzahl antisemitischer Taten führte. Anders als teilweise medial vermittelt, zeigt die Statistik hier jedoch, dass die große Mehrzahl der Straftaten einen extrem rechten Hintergrund hat, nämlich 226. 98 Taten werden der Rubrik „PMK-Ausländer“ zugeordnet und dürften in den Bereich islamistischer oder nationalistischer Gruppen fallen, wobei zu bezweifeln ist, ob es sich tatsächlich immer um „Ausländer“ und nicht vielleicht auch deutsche Konvertiten handelt. (fe)



Zahlen für den Regierungsbezirk Köln

Städte

Köln: 413
Aachen: 68
Bonn: 56
Leverkusen: 14

Kreise

Städteregion Aachen: 79
Rhein-Sieg-Kreis: 69
Rhein-Erft-Kreis: 63
Kreis Heinsberg: 57
Kreis Düren: 57
Oberbergischer Kreis: 35
Kreis Euskirchen: 32
Rheinisch-Bergischer-Kreis: 21

insgesamt 964 Straftaten

Die Antwort des Innenministeriums NRW auf die Anfrage der GRÜNEN im Landtag NRW finden Sie hier: http://gruene-fraktion-nrw.de/fileadmin/user_upload/ltf/Bilder/Themen/Rechtsextremismus/PMK_Rechts_und_antisemitische_Straftaten_2014_II.pdf.

Erneut rechte Hooligan-Demo in Köln geplant: Für den 25. Oktober ist anlässlich des „Jahrestages“ der gewalttätigen HoGeSa-Demonstration in Köln erneut eine Veranstaltung angekündigt. Als Anmelder fungiert, wie schon 2014, Dominik Roeseler. Roeseler ist Mitglied bei „pro NRW“ und war bis vor kurzem Pressesprecher von „Gemeinsam Stark Deutschland“ (GSD), einer Organisation, die sich nach internen Konflikten von den „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) abgespalten hatte. Von diesem Amt ist er inzwischen entbunden worden. „Mediale Aufmerksamkeit ist zwar wichtig, jedoch lassen wir uns nicht für politische Zwecke ‚benutzen‘“, lässt GSD verlautbaren, nachdem die Anmeldung in den Kölner Medien Mitte Juni publik geworden war.

Weitere Prozesse wegen HoGeSa: Am 10. Juni wurden vor dem Amtsgericht Köln erneut Gewalttaten während der HoGeSa-Demonstration am 26. Oktober 2014 in Köln verhandelt (zu vorausgegangenen Verhandlungen siehe auch Newsletter Mai 2015).

Bei einer Verhandlung ging es um einen 29-Jährigen aus Dessau, der mit anderen zusammen einen leeren Mannschaftswagen der Polizei umgeworfen hatte. Die Tat war auf Video dokumentiert, sodass seine Beteiligung deutlich nachgewiesen werden konnte, auch wenn er sich nicht erinnern können will. Der angerichtete Schaden sei zu hoch, um lediglich eine Geldstrafe zu verhängen, so der Staatsanwalt.

„Identitäre Aktion“ im RB Köln aktiv: Die als Organisatorin der DÜGIDA- und KÖGIDA-Märsche bekannte Melanie Dittmer betätigt sich mittlerweile in einer rechtsextremen Vereinigung namens „Identitäre Aktion“, einer Abspaltung der „Identitären Bewegung“. Vom 28. bis 31. Mai führten Dittmer & Co ein „Identitäres Sommercamp im Rheinland“ durch. Auf einem mit Musik der Rechtsrock-Band „Carpe Diem“ unterlegten Video sieht man die kleine Gruppe bei Wanderungen, Vorträgen und Kampfsporttrainings.

Die Organisation zeigt jedoch auch mit rassistischer Propaganda in der Öffentlichkeit Präsenz, beispielsweise in Niederkassel-Lülsdorf (direkt hinter Köln). Dort wurden vor einem Haus, das

Und auch andere rechte Hooligan-Vereinigungen haben sich von Roeseler und der für den Oktober geplanten Demonstration in Köln distanziert. Neben GSD und HoGeSa zeichnete das „Bündnis Deutscher Hooligans“ (B.D.H) und die „Berserker Deutschland“ für eine Mitteilung verantwortlich, in der es heißt, dass die Anmeldung „so nicht abgesprochen“ gewesen sei. Trotzdem wolle man eine gemeinsame Demonstration veranstalten. Die vier Gruppen würden nun „zusammengeführt werden und für die Zukunft vereint und gemeinsam auf die Straße gehen“.

„Offenbar herrschte in rechten Hool-Kreisen die Sorge vor, durch Roeseler für die rechtspopulistische Regionalpartei ‚pro NRW‘ instrumentalisiert zu werden“, mutmaßt der „blick nach rechts“. (kg)

Daher erhielt der Angeklagte wegen Sachbeschädigung und schweren Landfriedensbruchs eine Bewährungsstrafe von sieben Monaten.

Ein weiterer Angeklagter stritt die Vorwürfe ab, mit Aschenbechern, Absperrpfosten und Fahrrädern auf Polizisten geworfen zu haben. Auch ihn überführte ein Video und er erhielt eine Bewährungsstrafe von 15 Monaten.

Außerdem wurde ein mehrfach vorbestrafter LKW-Fahrer wegen eines Flaschenwurfs zu einer 7-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt, auch wenn er nicht geständig war. Wegen Verstoßes gegen das Vermummungsverbot erhielt ein vierter Angeklagter einen Strafbefehl über 3.200 Euro. (he)

als Flüchtlingsunterkunft dienen soll, Aufkleber mit der zynischen Botschaft „Bitte flüchten Sie weiter! Es gibt hier nichts zu wohnen! Refugees not welcome!“

verklebt. Zudem wurde auf die Straße „Solidarität mit Deutschen geschmiert“.

Auch in Aachen und Bornheim (in der Nähe Bonn) wurden lokale Ableger der „Identitären Aktion“ mit Aufklebern und Schmierereien aktiv. (kg)



Bildnachweise:

- S. 1: Jörn Neumann
- S.2: Emons Verlag (o.), Heiko Klare/mobim (u.)
- S.3: NS-DOK (o., M.), Jörn Neumann (M.), screenshot bpb (u.)
- S. 4: Bundesarchiv (o.), NS-DOK (u.)
- S. 5: Vielfalt statt Einfalt (o.), Jawne (u.)
- S. 6: Allerweltshaus
- S. 7: Landesjugendring NRW
- S. 8: Rheinflanke
- S. 9: startsocial (o.), BfDT (u.)
- S.11: DISS (o.), mbr Berlin (u.)
- S. 13: Herder-Verlag
- S. 14: NS-DOK
- S. 16: privat

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de